

## Optimismus für den Klimaschutz

### Nicholas Stern setzt grosse Hoffnungen in die nächste US-Regierung

Der britische Ökonom Nicholas Stern, Autor des «Stern-Reports», ist optimistisch, dass sich die internationale Politik bald auf verbindliche CO<sub>2</sub>-Emissions-Reduktionen wird einigen können. Dazu beitragen soll auch eine veränderte Haltung der nächsten US-Regierung.

**mbe.** Vor rund zwei Jahren sorgte Nicholas Stern mit dem «Stern-Report» für Aufsehen, der im Auftrag der britischen Regierung die wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels berechnete. Stern rief zu raschem Handeln auf, denn laut dem Bericht liessen sich die enorm hohen Kosten der Klimaerwärmung mit relativ geringen Aufwendungen stark reduzieren. Heute zeigt sich Stern optimistisch, dass seine Empfehlungen von der internationalen Politik tatsächlich umgesetzt werden. Die Chancen stünden gut, dass man sich an der nächsten Klimakonferenz Ende 2009 in Kopenhagen auf eine drastische und verbindliche CO<sub>2</sub>-Emissions-Reduktion werde einigen können, erklärte er im Rahmen des 9. Sustainability Forum in Rüschlikon. Optimistisch stimmt ihn einerseits, dass sich beide Präsidentschaftskandidaten in den USA für einen stärkeren Klimaschutz einsetzen. Wenn sich der grösste CO<sub>2</sub>-Emittent der Welt bereits im kommenden Jahr auf strikte Klimaschutz-Ziele verpflichten sollte, stiegen die Chancen für einen internationalen Durchbruch. Andererseits sei auch die Einsicht in Schwellenländern wie China oder Indien gewachsen, dass sich ohne ihren Beitrag die anvisierten CO<sub>2</sub>-Reduktionen nicht erreichen liessen.

#### Entscheidendes Treffen in Kopenhagen

Für Stern ist die Kopenhagener Konferenz das «wichtigste internationale Treffen seit dem Zweiten Weltkrieg». In einem Gespräch erläuterte er, dass rasches Handeln seit der Publikation seines Reports noch dringlicher geworden sei. Man habe damals die Risiken des Klimawandels eher unterschätzt, dementsprechend müsse man wohl noch mehr aufwenden als ursprünglich gedacht, um die ärgste Klimaerwärmung zu vermeiden. Stern rechnet nun damit, dass für die notwendigen CO<sub>2</sub>-Reduktionen Kosten von jährlich 1% bis 2% des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgewendet werden müssen. Damit soll erreicht werden, dass sich die Erdatmosphäre nicht um fünf



Für Nicholas Stern ist die nächste Klimakonferenz in Kopenhagen das wichtigste internationale Treffen seit sechzig Jahren.

bis sechs Grad erwärmt – was laut dem «Stern-Report» ohne Gegenmassnahmen mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% eintreffen würde und Kosten von 5% bis 20% des BIP verursacht –, sondern lediglich um zwei bis drei Grad. Für Stern ist klar, was dazu notwendig ist: An der Kopenhagener Konferenz müsse eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 (gegenüber dem Stand von 1990) beschlossen werden.

#### Hoher Erdölpreis reicht nicht

Stern räumt ein, dass Prognosen für einen so langen Zeitraum schwierig seien – die Kosten des Klimawandels zu quantifizieren, sei nicht einfach. Dennoch steht für den britischen Ökonomen ausser Frage, dass es weit kostengünstiger ist, heute entschlossen zu handeln, als dereinst die Auswirkungen einer drastischen Klimaerwärmung zu tragen. Stern sieht dabei die Hauptrolle bei der Politik: Sie müsse die Obergrenzen für die CO<sub>2</sub>-Emissionen festlegen. Erst dann könnten die Marktkräfte ins Spiel kommen, etwa über einen internationalen Handel für CO<sub>2</sub>-Emissions-Rechte, der in seinem Urteil innert zehn Jahren alle



Branchen weltweit umfassen sollte.

Doch hat nicht der enorm gestiegene Erdölpreis jüngst mehr zum Klimaschutz beigetragen als die Politik, indem er die Energie stärker verteuert hat, als es jede politische Massnahme vermocht hätte? Stern räumt ein, dass die Marktkräfte hier einen sehr willkommenen Beitrag zum Klimaschutz leisteten: Das teure Erdöl habe Anreize gesetzt, Energie zu sparen und in «grüne» Technologien zu investieren. Doch reiche dies nicht aus, um eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen. In Kopenhagen müsse die Politik deshalb zusätzliche Schranken setzen.